



DER AUTOR



Prof. Dr. Thomas Straubhaar

Direktor des HWWI

Prof. Dr. Thomas Straubhaar ist Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Universität Hamburg. 1998 wurde er Direktor des Instituts für Integrationsforschung des Europa-Kolleg Hamburg. Seit 2005 ist er Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI).

Seine Forschungsschwerpunkte sind: Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Ordnungspolitik, Bildungs- und Bevölkerungsökonomie.

FINANZMARKTKRISE

Die nächste Krise kommt bestimmt

Was für Tage des Schreckens und der allgemeinen Panik. Die Weltwirtschaft schien unterzugehen. Hektischer Aktionismus dominierte. Ein Brennpunkt jagte den nächsten. Eine Politik nach Nachrichtenlage und Börsenkursentwicklung wurde zur Regel. Soll sie auch die Regel bleiben? Ist es nicht eher angezeigt, nach stürmischen Zeiten nun wieder mit etwas mehr Ruhe und Gelassenheit die Frage zu analysieren, wie es langfristig weitergehen soll?

Wie ein Tsunami hatte die Finanzmarktkrise die Börsen heimgesucht. Nun überrollen die Schockwellen als Verstaatlichungslawine den Bankensektor. Führt das dazu, dass es das Verhältnis von Staat und Markt neu zu erfinden gilt? Soll mit Blick auf das offensichtliche Totalversagen der Finanzmärkte der Staat an Stelle Privater treten? Kommt es in der westlichen Welt also doch noch zu einer mehr oder weniger weitreichenden Sozialisierung der Wirtschaft und einer Abwendung vom Kapitalismus? Alle Zeichen sprechen dafür. Die Staatswirtschaft ist auf dem Vormarsch. Aber wie weit und wie lange sollen Politiker staatliche Banken führen, und was bleibt noch übrig für private Eigeninitiative, Selbstverantwortung und Haftung?

Viele Fragen, die es kaltblütig zu klären und klug zu beantworten gilt. Da helfen weder Schadenfreude, Schuldzuweisungen noch ideologische Scheuklappen weiter. Da geht nur eine nüchterne Analyse, wozu und wofür ein starker Staat und freie Märkte unverzichtbar waren, sind und weiter sein werden. Zehn gute Gründe lassen sich erkennen:

Der Staat schützt die Freiheit. Ohne Staat kann zwar jeder machen, was er will. Ohne Staat ist aber auch jeder ohnmächtig, seine Freiheit gegenüber anderen durchzusetzen. Es herrscht ein ständiger Kampf jeder gegen jeden. Nur ein starker Staat kann die Menschen gegen Macht und Willkür schützen. Der Staat soll den rechtlichen Rahmen setzen und garantieren, innerhalb dessen sich der einzelne Mensch auf der Suche nach seinem eigenen Glück frei entfalten und bewegen kann.

Der Staat braucht mündige Bürger. Nicht nur demokratische Teilhabe setzt die Mündigkeit der Wahl- und Stimmberechtigten voraus. Auch ökonomisches Handeln bedingt Selbstbestimmung und Eigenverantwortung. Der Staat darf ruhig auf die Urteilskraft und Eigenständigkeit der Menschen setzen. Deshalb kann er sie in eine größtmögliche Freiheit entlassen. Es genügt, ihnen die Sicherheit zu geben, in Notzeiten für sie da zu sein, so, wie Eltern der Selbstständigkeit ihrer Kinder trauen, aber doch für den Notfall immer wieder bereitstehen. Je weniger der Staat seiner Bevölkerung vorgibt, wie sie zu leben und zu arbeiten hat, je weniger der Staat befiehlt, was seine Bürger tun und unterlassen sollen, je mehr die Gesellschaft auf die individuellen Freiheitsrechte setzt, umso stärker werden Erfinder-, Entdecker- und Unternehmerinstinkte geweckt. Das war in der Vergangenheit so. Es gibt keinen Grund, wieso es nicht auch für die Zukunft gelten soll.

Der Staat schützt den Markt. Nur er kann individuelle Grund- und Freiheitsrechte, Eigentums- und Verhaltensrechte und damit die Funktion offener und freier Märkte si-

chern. Ebenso muss er durch eine Wettbewerbs- und Fusionsgesetzgebung für einen funktionierenden Wettbewerb auf freien Märkten sorgen und Marktmacht verhindern. Wenn während der Finanzmarktkrise immer wieder von einem „too big to fail“ und von „systemgefährdender“ Größe notleidender Banken die Rede war, wird genau dieses Grundprinzip verletzt. Größe tendiert immer zu Macht und Monopol zulasten von Kunden und Bürgern. Beides muss durch eine entsprechende Wettbewerbs- und Fusionsgesetzgebung verhindert werden. Auch das ist eine Lehre aus der Finanzmarktkrise.

Der Staat reguliert den Markt. Er ist kein Gegner des Marktes. Staat und Markt sind nicht die unversöhnlichen Gegensätze, zu denen sie vorschnell gemacht werden, gerade auch in der Suche nach Schuldigen der Finanzmarktkrise. Im Gegenteil: Ein freier Markt bedarf eines starken Staates. Er muss durch eine regulierende Rahmengesetzgebung mit Aufsicht und Sanktion die Tätigkeiten privater Marktakteure überwachen und kontrollieren. Das gilt selbstredend auch für die Finanzmärkte. Ganz offensichtlich haben die bisherigen Regeln nicht genügt, um ein eklatantes Marktversagen zu verhindern. Das gilt es zu korrigieren. Dazu braucht es nicht notwendigerweise mehr Regeln. Es braucht vor allem bessere Regeln.

Der Staat korrigiert den Markt. Gerade Finanzmärkte sind durch ein als Gefangenendilemma bezeichnetes Phänomen gekennzeichnet: Was für den Einzelnen ökonomisch richtig ist, muss in der Summe für alle nicht zu einem gewünschten Ergebnis führen. Wenn ein individuelles Angstsparen um sich greift, kann der gesamtwirtschaftliche Kreditmarkt austrocknen. Oder wenn alle Einleger ihr Geld von ihren Sparkonten abheben, können an sich gesunde Banken in Liquiditätsengpässe geraten. Um das Dilemma zu überwinden, ist es angezeigt, entweder durch kluge Regeln das Handeln Einzelner so zu beeinflussen, dass es in der Summe zu keinem Fehlverhalten kommt. Oder aber wenn die Regeln

nicht greifen oder die Zeit für eine lange Abstimmung fehlt, übernimmt der Staat als Treuhänder der gesellschaftlichen Interessen das Kommando, um einen für alle schädlichen Systemzusammenbruch zu verhindern.

Der Staat ist ein Nothelfer für die Gesellschaft. Das gilt nicht nur, wenn der Staat unverschuldet in Not geratenen Menschen hilft. Es gilt auch, wenn dem Markt eine Versagenskrise droht. Dann muss der Staat zu Hilfe eilen. Das verletzt zwar die puristische Sicht dogmatischer Liberaler. Ebenso widerspricht ein zum Nothelfer degradierter Staat den Visionen jener, die den Staat als aktiven Gestalter der Wirtschaft verstehen. Aber bei ökonomischen Katastrophen ist es wie bei Naturkatastrophen. Wenn sich die Ereignisse überschlagen, können individuelle Rettungsversuche das ganze System destabilisieren. Dann kann nur noch ein gemeinsames Vorgehen weiterhelfen. Aus der Not geborenes staatliches Handeln ist weder minderwertig noch verwerflich, sondern manchmal schlicht unabdingbar.

Der Staat muss Krisen ertragen. Weder wird er eine nächste Krise verhindern können, noch werden nicht auch die besten Regeln von heute vielleicht morgen schon wieder von kreativen und innovativen Unternehmen, aber eben auch von Zockern und Profiteuren herausgefordert werden. Wer glaubt, der Staat brauchte nur genügend Kompetenzen, dann ließen sich Krisen verhindern, unterliegt einer Regulierungssillusion. Krisen hat es immer gegeben, und es wird sie immer geben. Sie sind untrennbar mit dem Kapitalismus verbunden. Krisen lassen sich nicht verhindern - nicht durch Gesetze und auch nicht durch die Politik. Krisen gehören zu Märkten. Sie sind Bausteine auf dem Weg des Fortschritts von guten zu besseren Lösungen. Sie helfen, aus Fehlern zu lernen und klüger zu handeln.

Der Staat muss mündige Bürger ertragen. Wiederum gilt diese Forderung nicht nur für staatskritische politische Strömungen. Wiederum gilt sie auch für die Ökonomie.

Weder noch strengere Gesetze oder noch schärfere Kontrollen können menschliches Fehlverhalten und Fehlentscheidungen verhindern. Sie können auch nicht ein tugendhaftes Verhalten erzwingen. Gier und Neugier gehören zu den Grundlagen einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die Gier nach Gewinn stimuliert die Neugier. Sie lässt Menschen nach neuen und besseren Ideen suchen. Niemand weiß im Voraus, wer Erfolg haben und wer scheitern wird. Deshalb kommt die nächste Krise bestimmt, nur wann, wird erst bekannt sein, wenn es für viele zu spät ist. Deshalb ist der Weg zum Ziel im Kapitalismus mit Konkursen und Verlusten gepflastert. Und dennoch ist kein anderes Wirtschaftssystem bei der Suche nach klugen Lösungen für komplexe Probleme auch nur annähernd so erfolgreich wie der Kapitalismus. Das Zusammenspiel von Freiheit, Verantwortung und Haftung hat trotz aller Krisen zu mehr Wohlstand für mehr Menschen geführt.

Der Staat muss stark sein. Er soll aber schlank bleiben. Er muss tun, was einzelne Menschen, ihre Familien oder ihre Nachbarn nicht eigenständig schaffen, weil sie zu schwach sind. Er soll aber lassen, was Einzelne eigenständig und in der Regel besser und zielführender zu schaffen in der Lage sind. Subsidiarität heißt diese nachrangige staatliche Verhaltensweise in der Fachterminologie. Eine Konzentration auf die Kernkompetenz lautet im betriebswirtschaftlichen Jargon diese Forderung.

Der starke Staat braucht den freien Markt, weil nur so die materielle Grundlage gesichert ist, mit der sich der starke Staat finanzieren kann. Ein starker Staat ohne freien Markt hat in der Vergangenheit oft genug ein ökonomisches Desaster hervorgerufen. So zuletzt in den sozialistischen Staaten Osteuropas. Das gilt auch für die nun unverzichtbare Suche nach besseren Regeln für den Finanzsektor. Werden die Möglichkeiten zu stark begrenzt, Risiken einzugehen, wird dadurch auch die Dynamik gebremst. Deshalb ist es klug, jetzt das Kreditsystem kurzfristig durch staatliche Bürgschaften und Verstaatlichung kol-

labierender Banken zu stabilisieren. Aber ebenso klug ist es, diesen massiven Staatsingriff zeitlich auf ein Minimum zu beschränken. Sobald das Fahrwasser wieder ruhiger geworden ist, soll sich der Staat wieder zurückziehen, Alle staatlichen Beteiligungen die er jetzt möglicherweise erwirbt, sind dann wieder zu reprivatisieren.

Im Wechselspiel zwischen starkem Staat und freien Märkten geht es somit um einen Abwägungsprozess: Freie Märkte sollen etwas, aber eben nicht zu stark durch staatliche Regulierungen begrenzt werden. Es gilt, individuelle Freiheiten nur so weit einzuschränken, wie eine übergeordnete gesellschaftliche Ordnung zu respektieren ist. Es gilt, das eiserne Gesetz des Ka-

pitalismus, nämlich die Untrennbarkeit von Verantwortung und Haftung, bestmöglich zu garantieren. Es gilt, den Markt zu regulieren, damit der Wettbewerb funktioniert. Mehr nicht. Denn ohne Risiko keine Belohnung und damit kein Fortschritt. Werden Märkte zu stark gefesselt, werden das wirtschaftliche Wachstum verlangsamt, die Beschäftigungschancen geringer, der Verteilungsspielraum enger und die Chancen auf Wohlstand für alle geringer. Das kann niemand wirklich wollen.

Mehr noch: Es gibt auch ein Staatsversagen. Machtgierige Politiker können die Möglichkeiten eines starken Staates zu ihrem eigenen Nutzen missbrauchen. Die raffende Hand des Fiskus kann ohne Not

privates Eigentum enteignen. Bürokraten können eine Wirtschaft mit ihren Plänen in den Abgrund stürzen. Staatssicherheit schützende Dienste können unbescholtene Menschen ausspionieren. An noch nicht allzu lange zurückliegende historische Beispiele in Deutschland ist zu erinnern, wenn nun der Staat das Diktat bei der Lösung der Finanzkrise in die Hand nimmt. Ein starker Staat als Retter in der Not ist gut. Der freie Markt als Wohlstandsmotor für normale Zeiten ist besser. Eine intelligente Aufgaben- und Arbeitsteilung zwischen den beiden ist für das langfristige Wohlergehen einer Gesellschaft unabdingbar.

Dieser Beitrag ist am 18. Oktober 2008 in „Die Welt“ erschienen.